

Tagung der SPD-Bundestagsfraktion und des AK Christinnen/ Christen in der SPD am 15.4.2016 in Berlin - „Die Welt ist aus den Fugen geraten“

Friedensethische Grundsätze und politische Verantwortung im 21. Jh.

Eröffnung durch Kerstin Griese, Sprecherin des AKC und Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales und Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD- Bundestagsfraktion: „Terror ist Gotteslästerung“; Religion werde in vielen Konflikten der Welt missbraucht.

1. Frank Walter Steinmeier: Leitlinien

- Verpflichtung eines Sozialdemokraten und Christenmenschen: „Im Angesicht von scheinbar unerträglichen Situationen trägst du Verantwortung für dein Tun genauso wie dein Nichttun“. Gefordert ist Realismus, z.B. bzgl. Syrien: Moralische Pflicht, das Blutvergießen zu beenden. Viele hätten zu lange geglaubt, das Ende sei allein mit militärischen Mitteln zu erringen, aber es gehe auch nicht ohne Militär. Der sogenannte IS hätte mit seiner Mischung aus „mittelalterlicher Barbarei und Smartphone“ ansonsten die gesamte Region erobert.
- Die Krisen der Welt sind unmittelbar bei uns angekommen. Krisenballung kein Zufall, Spätfolgen des Endes der Blockkonstellation, deren „zynische Gewissheiten“ in der Bipolarität der Mächte verankert waren. Nach dem Ende aber keine unilaterale, auch keine multipolare, sondern eine „nonpolare“ Welt auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Diese Suche entlädt sich gewaltsam.
- Die weltpolitischen „tektonischen“ Verschiebungen und digitalen Vernetzungen produzieren in Deutschland die meisten Datenströme pro Kopf der Bevölkerung. Auch deshalb ist eine „strikt regelbasierte“ Ordnung unser ureigenstes Anliegen, aber auch ein ethisches Gebot, da wir als Land von vielen Veränderungen profitiert haben (z.B. dt. Einheit, Euroraum).
- Drei Grundzüge einer neuen Friedensordnung:
 - a) Ebene der kurzfristigen Krisen: Z.B. Nato-Doppelbeschluss, Ja zum Afghanistan-Einsatz, nein zum Irak-Krieg, 2014 Waffen an die Peschmerga, 12 Mill. heimatlose Syrer, Herrschaft des Sog. IS, Antagonien Saudi-Arabien – Iran, USA – Russland, Russland – Türkei: Die Lösung des Atomkonflikts mit dem Iran hat „dysfunktionale“ Auswirkung: Die Öffnung für den Iran hat andere Türen verschlossen. Umso wichtiges war es, in Feindschaft lebende Akteure in der Syrien-Konferenz an einen Tisch zu bringen.
 - b) Mittelfristiger Ansatz: Interventionismus im mittleren Osten: Niemand hatte eine Strategie für die Zeit nach dem Krieg. Für den Prozess der Stabilisierung ist wichtig der Erhalt der nationalen Einheit und der Strukturen, denn „Nationalstaaten bleiben die soliden Bausteine“. Derzeit Aufbau eines Stabilisierungsfonds für Libyen, wo eine Zentralregierung möglich erscheint („Stabilitätsinseln“!). Im Nordirak werden in den befreiten Gebieten Stromleitungen, Schulen usw. wiederhergestellt; 90 % der Bevölkerung hat so eine Rückkehrperspektive → neuer „Instrumentenkasten“ im Auswärtigen Amt zur Krisenprävention/ „vorsorgende Außenpolitik“.



- c) Langfristige Ebene: Internationale Institutionen, aber UN leider nicht Spiegel der Welt von 2016. – Pariser Umweltabkommen war ein Riesenschritt. – Frage der Migration: Kanalisierung globaler Migrationsströme, Schaffung gerechten Friedens etc.

„Wenn Deutschlands Stimme in der Welt Gehör findet, dann lasst uns dafür sorgen, dass sie eine sozialdemokratische bleibt!“



2. Zwischen radikalem Pazifismus und Realpolitik

Justenhoven, , Direktor des Instituts für Theologie und Frieden:

- Zusammenhang zwischen christlicher Botschaft und politischem Frieden (im Glauben gründet Hoffnung).
- Friedensethisches Minimum ist der „Rechtsgehorsam“: Übersetzung einer Friedensvision in politische Schritte auf der Basis internationalen Rechts.



- Streitschlichtung durch unbeteiligte Dritte und Interessenausgleich (Frankreich hatte z.B. in Mali daran kein Interesse).
- Über Versöhnungsinitiativen nachdenken – echte Wechselseitigkeit.

Hans-Richard Reuter, Exzellenzcluster Religion und Politik Münster:

- Für sich selbst sollen Christenmenschen eine pazifistische Haltung einnehmen, wenn man aber für andere Verantwortung trägt, müsse man durchaus auf die „zwangsbewehrte Rechtsordnung“ zurückgreifen.
- Friedensethik orientiert sich am Leitbild des gerechten Friedens, was als integrale Aufgabe zu verstehen ist. Die globale Friedensordnung muss eine Rechtsordnung sein, die Garantie der Menschenrechte ist dabei auf interkontinentale staatliche Verständigung angewiesen. Militärische Lösung ist nicht vorrangig. Die zivile Logik ist kooperativ: Schutz vor Gewalt, System kollektiver Sicherheit, Leitung durch supranationale Organisation in Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen.
- Verschiedene „Pazifismen“: Radikalpazifismus (religiös motivierte Einzelne, ohne politische Ansprüche oder Ansprüche für alle), situationsbedingter Pazifismus „der offenen Augen“, bürgerliche Friedensbewegung (Kriterium der „Rechterhaltenden Gewalt“). Norbert Fabian, NRW: es gibt auch einen „zeichnenhaften“ Pazifismus (Ghandi, Luther King).
- Vorpositives Selbstverteidigungsrecht der Staaten als „subsidiäres Notrecht“ (nicht: grenzenloser Krieg gegen Terrorismus) – UNO mandatiert.
- Generalversammlung der UN hat 2005 z.B. bei Genozid und ethnischer Vertreibung das Prinzip der „Schutzverantwortung“ (responsibility to protect) der Staatengemeinschaft eingeführt, das zivile Prävention und militärische Reaktion beinhaltet (vgl. Schutz der Jesiden), aber nicht dichotomisch, d.h. nicht sich einander gegenüberstehend und ergänzend.



internationalen Politik aushalten, sie aber auch benennen.

MdB Rolf Mützenich, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender: „Wir brauchen nicht nur Regeln, sondern auch Institutionen in der internationalen Politik. Ein Politiker müsse die Widersprüche in der

3. Der Syrienkonflikt und die europäische Verantwortung

Niels Annen, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion:

- Konfliktursachen nur verständlich mit Blick auf die Geschichte und Verständnis für die Angst der unterschiedlichen Minderheiten vor der Herrschaft der Mehrheit. Baschar al-Assad habe die von seinem Vater entwickelte Herrschaftsmethode, unterschiedliche Gruppen gegeneinander auszuspielen und sie zum Komplizen der Herrschaft zu machen, zur „perversen Perfektion“ entwickelt. Von den säkularen Herrschern, zu denen auch Assad gehört, habe man sich Toleranz erhofft. „Stattdessen haben sie dem religiösen Fundamentalismus den Weg bereitet“.



Daniyel Demir, Vorsitzender der Aramäer in Deutschland:

- Aramäisches Christentum in Syrien und Irak vom Aussterben bedroht. Christen waren historisch elementarer Teil der Zivilbevölkerung, Aramäer überall eine Minderheit. Schrittweise Vernichtung des Christentums, „kulturelle Selbstverstümmelung“ der arabischen Welt (Damaskus und Aleppo waren einmal aramäisch).
- Christen sind das schwächste Glied in der Kette. Um Pluralität im Nahen Osten zu retten, Christen institutionell und politisch stärken, z.B. durch Einladung zu den Wiener Friedensgesprächen für Syrien.
- Christen hätten immer „ziemlich gut als Mediator und Mittler“ zwischen den islamischen Gruppen agiert und könnten auch in Zukunft eine Schlüsselrolle einnehmen.



Ulrich Pöner, Deutsche Bischofskonferenz:

- Kontakte zu geflohenen Christen sporadisch, eher zufällig, aber sehr viele Christen gesprochen, die „auf dem Sprung“ sind. Wunsch der Kirchen in Deutschland, dass möglichst viele Christen da unten bleiben; er ist aber gegen politisch-administrative Hürden, die die Menschen dazu zwingen, dort zu bleiben.
- Aufgaben der Bischofskonferenz: humanitäre Arbeit (auch mit Mitteln des Auswärtigen Amtes), im Gespräch bleiben mit den Kirchen vor Ort, „sie mit anderen Perspektiven der Wahrnehmung konfrontieren“ und Verschwörungstheorien (USA + Israel als Verursacher des Konflikts) entgegentreten.
- Kirchen Rückgrat der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit
- Angst der Kirchenführer vor Ort vor einem weiteren Abschmelzen der christlichen Präsenz (von 10 auf derzeit 4 %)

Barbara Stolleis von der Friedrich Ebert Stiftung berichtet, dass die FES mit Gruppen kooperiere, die teilweise im Exil seien und eher als Netzwerke verstanden werden, die mit Hilfe des Internet und auf „abenteuerlichen Wegen“ funktionieren.

4. Chancen und Grenzen ziviler Krisenprävention

MdB Ute Finckh-Krämer, stellv. Vorsitzende im BT-Unterausschuss „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“: Die finanziellen Mittel für Krisenprävention und humanitäre Hilfe wurden deutlich aufgestockt.



Brot für die Welt-Chefin Cornelia Füllkrug-Weitzel fordert, dass der Vorrang fürs Zivile ressortübergreifend zum Markenzeichen deutscher Politik wird.



MdB Thomas Hitschler, Mitglied im Verteidigungsausschuss sowie im Bundestags-Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ hält für erforderlich, dass die Mandate für Bundeswehreinätze nicht nur die militärische Seite umfassen sollten, sondern dass in Zukunft gleichzeitig auch das zivile Instrumentarium beschrieben werden müsse. „Wir kommen sehr unverdächtig daher“, berichtet er von seinen Reisen in verschiedene Konfliktregionen. Deutschland habe oft mehr Möglichkeiten als die ehemaligen Kolonialländer oder die USA und Russland.



Fazit des AKC-Sprechers Wolfgang Thierse:

Es geht darum, gegen Resignation und Zynismus mit Leidenschaft und Geduld Außenpolitik zu betreiben (Willy Brandt, Frank-Walter Steinmeier). Christliche Friedensethik müsse reflektieren, dass das Ende der Zweiteilung der Welt dazu geführt habe, dass viele Instrumente nicht mehr zur Realität passen. „Was darf den Vorrang von Menschenrechten relativieren?“, fragt er und weist darauf hin: „Wandel durch Annäherung war keine Politik menschenrechtlichen Fundamentalismus.“ Religion dürfe nicht mit ihrer Ideologisierung verwechselt werden. „Wenn Religion ein Teil des Problems ist, dann muss sie auch Teil der Lösung sein“.

Angela Madaus/ Stephan Fischer